

Tischvorlage zum ÖPNV-Pressegespräch der CDU-Landtagsfraktion

Montag, 24. April 2023, 13 Uhr, mit den Verkehrsexperten der CDU-Landtagsfraktion, Gerd Schreiner und Markus Wolf

Anhörverfahren zum ÖPNV zeigt: Landesnahverkehrsgesetz ist verfassungswidrig

Unsere Kritik am Landesnahverkehrsgesetz ist keine Schwarzmalerei – wie von Teilen der Ampelfraktion in der Plenardebatte vorgeworfen.

Das Anhörverfahren im Ausschuss für Klima, Energie und Mobilität hat es deutlich gemacht:

- Das Land Rheinland-Pfalz stellt zu wenig originäre Landesmittel zur Unterhaltung des ÖPNV zur Verfügung bereit.
Wir meinen: Wer die Mobilitätswende will, muss Gelder zur Verfügung stellen.
- Das Land hat den Kreisen und kreisfreien Städten den ÖPNV als so genannte Pflichtaufgabe per Novellierung des Landesnahverkehrsgesetzes im Jahr 2021 übertragen. Das Land sieht sich durch den Zusatz „in den Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit“ bis heute aber selbst nicht finanziell in der Pflicht. Erst mit dem Landesnahverkehrsplan sollen nachrangig Landesgelder zur Verfügung gestellt werden. Allein in diesem Jahr rechnet der Landkreistag bei den Kreisen mit einem Defizit von 223.000.000 Euro für den ÖPNV und die Schülerbeförderung – so der Anzuhörende Jürgen Hesch vom Landkreistag Rheinland-Pfalz.
Wir meinen: Wer Aufgaben überträgt, muss auch sicherstellen, dass diese bezahlt sind.
- Der Zusatz „in den Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit“ sei verfassungswidrig, stellt der Vorsitzende Richter am Oberverwaltungsgericht a.D. Manfred Stamm fest.
Wir meinen: Wer Gesetze schreibt, muss dies rechtssicher tun!

kostenlos. einfach. mobil – Mit dem Schülerschein im ganzen Land unterwegs

Wir wollen, dass die Mobilitätswende gelingt! Deshalb fordern wir, die CDU-Landtagsfraktion, im kommenden Plenum per Initiative das **kostenlose Rheinland-Pfalz Schülerticket, denn so werden Kinder und Jugendliche mobil.**

- Alle Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Land bekommen als Schülerticket das 49-Euro-Ticket.
- Das Angebot ist einfach, denn zur Beantragung langt der vorliegende Schülerschein.
- Kommunen als Aufgabenträger werden nicht länger überlastet: Den Bus- und Bahngesellschaften sind die entstehenden Kosten vom Land vollständig zu ersetzen. Die Kosten für ÖPNV und Schülerbeförderung bei den Kommunen reduziert sich, damit haben diese zukünftig mehr finanzielle Mittel für ihre vielfältigen Aufgaben.
- Ein kostenloses Ticket für alle Schülerinnen und Schüler ist gerechte Familien-, Kinder- und Jugendpolitik.